

Antworten

der Parteien auf die
Wahlprüfsteine der
Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte
Hessen e.V. zur
Landtagswahl in
Hessen 2023



**LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE** Hessen e.V.

Die Positionen der LAG

Die **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.** hat im Vorfeld der Hessischen Landtagswahl am 08.10.2023 ihre Positionen zur Landtagswahl in einem Positionspapier zusammengefasst. Dieses Papier wurde gemeinsam mit Wahlprüfsteinen den Fraktionen im Hessischen Landtag am 16.05.2023 übersandt. Das Positionspapier finden Sie [hier](#).

Die Antworten der Fraktionen des Hessischen Landtags werden im Folgenden dargestellt.



Die **Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG)** wurde 1974 von Bewohner:innen-Initiativen und Projekten der Gemeinwesenarbeit gegründet mit dem Ziel die Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Seit unserer Gründung arbeiten wir gemeinsam mit Land und Kommunen erfolgreich daran, Obdachlosenunterkünfte aufzulösen, Quartiere mit besonderem sozialen und städtebaulichen Unterstützungsbedarf zu stabilisieren und aufzuwerten, wie auch an der Prävention von benachteiligten Quartieren. Mit vier Arbeitsbereichen (Frauennetzwerk, Jugendbildungswerk, Zentrum Nachhaltige Stadtentwicklung in Hessen – Sozialer Zusammenhalt und Servicestelle Gemeinwesenarbeit) kann die LAG auf einen breiten Erfahrungsschatz und vielfältiges Beratungswissen zurückgreifen. Vor diesem Hintergrund versteht sich die LAG als langjährige Partnerin des Landes bei der Umsetzung von Programmen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren. Gespeist durch unsere fast 50-jährige Erfahrung formulieren wir im Folgenden Anforderungen und Umsetzungsvorschläge für die Landespolitik in der kommenden Legislaturperiode.

Die Wahlprüfsteine der LAG

1. Nennen Sie bitte drei konkrete politische Vorhaben Ihrer Partei, mit denen Sie benachteiligte Quartiere unterstützen und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen.
2. Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des Bund-Länder-Programms „Sozialer Zusammenhalt“?
Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des hessischen Landesprogramms zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen?
3. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine adäquate Wohnraumversorgung - vor allem für von Armut betroffene Menschen - zu sichern?
4. Was wird Ihre Partei veranlassen, um die Bildungschancen von Menschen in benachteiligten Quartieren zu fördern?
Lokale Bildungslandschaften sind ein wirksamer Ansatz, um Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Was hat Ihre Partei vor, um Bildungslandschaften in Hessen, insbesondere in benachteiligten Quartieren, auf- und auszubauen?
5. Was wird Ihre Partei tun, um die Teilhabechancen und Partizipationsmöglichkeiten von Menschen aus benachteiligten Quartieren zu erhöhen und strukturelle Benachteiligungen abzubauen?
6. In welcher Form möchte Ihre Partei Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung stärken?
7. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, die dem Abbau gesundheitlicher Ungleichheit dienen sollen?
8. Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. leistet seit fast 50 Jahren wirksame Arbeit in benachteiligten Quartieren in ganz Hessen und prägt die hessische Armutspolitik in entscheidendem Maß. In welcher Form unterstützt Ihre Partei die Arbeit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. in Zukunft?
9. 10.

Überblick

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine

01

Nennen Sie bitte drei konkrete politische Vorhaben Ihrer Partei, mit denen Sie benachteiligte Quartiere unterstützen und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen.

CDU

Als CDU Hessen stehen wir für gute gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Hessen. Es ist uns daher ein wichtiges Anliegen, benachteiligte Quartiere mit besonderen soziodemografischen Herausforderungen besonders zu unterstützen.

Nachhaltige Verbesserungen lassen sich dabei nur über einen ganzheitlichen Ansatz realisieren, der Aspekte der Sozialarbeit und der Stadt- und Quartiersentwicklung genauso in den Blick nimmt, wie Maßnahmen der inneren Sicherheit, der Integration, der Familienarbeit, der Bildungs- und Betreuungsangebote sowie kultureller und sportlicher Angebote. Eine Begrenzung auf drei Einzelvorhaben wird diesem Ansatz daher nur eingeschränkt gerecht und kann nicht alle Ansatzpunkte und Maßnahmen umfassen, die für eine nachhaltige Quartiersentwicklung von Bedeutung sind.

Ein wichtiger Beitrag sind sicherlich die speziellen Stadtentwicklungsprogramme, deren volle Co-Finanzierung wir sicherstellen. Eine besondere Bedeutung hat hierbei das Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ welches sich speziell an Stadt- und Ortsteile mit städtebaulichen oder sozialen Problemen richtet. Mit über 25 Millionen Euro werden hier Investitionen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Wohnqualität, um Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, Bildungschancen, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefördert.

Benachteiligte Quartiere leiden oft vor allem an einer hohen Armuts- oder Armutsgefährdungsquote der dort lebenden Menschen. Der Kampf gegen Armut in allen Facetten ist daher auch für die Quartiersentwicklung von besonderer Bedeutung. Es ist Ziel unserer christlichen Politik und Auftrag unseres Grundgesetzes, die Würde jedes Menschen zu erhalten und zu fördern. Gesellschaftliche Gruppen mit besonders hohem Armutsrisiko nehmen wir dabei besonders in den Blick.

Wir werden daher ein Programm zum “Kampf gegen Kinderarmut” auflegen, falls der Bund in diesem Bereich weiter Antworten schuldig bleibt. Zur Bekämpfung der Armutsgefährdung der Senioren wollen wir unter anderem dafür sorgen, dass leistungsberechtigte, ältere Menschen nicht aus Scham oder Angst vor Formalitäten auf ihre Ansprüche verzichten.

Der beste Schutz vor Armut ist Arbeit. Wir bekennen uns daher zu einer aktivierenden Arbeitsvermittlung, zu Aus- und Weiterbildung und zur Erhöhung der Beschäftigungsquote. In diesem Zusammenhang werden wir eine Agenda „Kein Kind in Armut – Für Eltern in Arbeit“ auf den Weg bringen und Eltern ohne Arbeit gezielt fördern und den Einstieg in Arbeit erleichtern.

Wer – aus welchem Grund auch immer – nicht arbeiten kann oder keine Arbeit findet, muss die Solidarität und die Unterstützung der Gesellschaft erfahren. Dies gilt in besonderem Maße, aber nicht nur, für Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Senioren oder Geflüchtete. Unser Sozialstaat muss den Anspruch haben, jedem Menschen ein menschenwürdiges Auskommen zu garantieren.

Wir sind in diesem Zusammenhang dankbar für die große Vielfalt gesellschaftlicher Initiativen und Projekte, die für Hilfe und gesellschaftlichen Zusammenhalt in allen Facetten eintreten. Diese sozialen Initiativen und Angebote werden wir auch künftig unterstützen. Aufbauend auf dem hessischen Sozialbudget werden wir die sozialpolitischen Maßnahmen künftig in einem Zukunftsfonds „Hessen steht zusammen“ bündeln und auf 150 Millionen Euro erhöhen. Damit schaffen wir Verlässlichkeit, Planungs- und Zukunftssicherheit für die Menschen, Vereine und Verbände, die anderen Sicherheit und Hilfe geben.

Ebenfalls eine hohe Bedeutung hat für uns die weitere Verbesserung der Sicherheit in allen Vierteln und Quartieren, da diese Grundvoraussetzung für eine positive Quartiersentwicklung ist. Wir möchten, dass sich Menschen überall und in jeder Lebenssituation sicher fühlen können. Deswegen wollen wir die reale und gefühlte Sicherheit im öffentlichen Raum beispielsweise durch Quartiers- und Beleuchtungsmanagement, Sauberkeit, Notrufsäulen, Waffen- und Alkoholverbotzonen und Videoüberwachung verbessern. Wir wollen eine bürgernahe Polizei. Im städtischen Raum ebenso wie in ländlichen Bereichen werden wir für mehr sichtbare polizeiliche Präsenz und damit für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen. Zusätzlich sorgen wir für eine höhere Präsenz von Ordnungskräften in den Abendstunden im ÖPNV und an öffentlichen Plätzen. Dazu werden wir die erfolgreichen Sicherheitspartnerschaften mit hessischen KOMPASS-Kommunen fortführen und darüber das „Schutzmann-vor-Ort“-Konzept weiter ausbauen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Wir wollen die Eigentümerstrukturen in Hessens benachteiligten Quartieren auflockern und neben kommunalem, genossenschaftlichem und privatem auch gemeinschaftliches Wohnen als zusätzliche Säule der Wohnraumversorgung und eigentumsähnliche Wohnform fördern. Damit haben wir bereits begonnen, indem wir die Eigentumsförderung entsprechend flexibilisiert und eine Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen eingerichtet haben. Im nächsten Schritt wollen wir die Beratungsstelle weiter stärken und auch die Wohnraumförderung flexibilisieren, damit auch in innovativen sozialen Wohnformen geförderte Wohnungen entstehen können.

Wir treten für energetische Sanierungen auch und gerade im geförderten Wohnungsbau ein. Dabei müssen die Mieten bezahlbar bleiben, prekäre Wohnverhältnisse sind für uns nicht akzeptabel. Unser Ziel bleibt es, dass alle Hess*innen angemessen und zu einem bezahlbaren Preis dort wohnen können, wo es für sie sinnvoll und wünschenswert ist. Deshalb wollen wir entsprechende Förder- und Beratungsangebote ausbauen und noch digitaler, niedrigschwelliger und zielgerichteter aufstellen. Mieter*innen, egal welchen Einkommens, dürfen nicht weiter dem unberechenbaren Nebenkosten-Roulette ausgesetzt sein, für das die fossilen Energieträger spätestens seit der Energiekrise stehen.

Die Kommunen kennen ihre Quartiere am besten und wissen, was vor Ort jeweils wichtig ist. Hessens Orte sind vielfältig und haben ebenso vielfältige Bedürfnisse. Wir wollen den Kommunen mehr Beratungsangebote machen und sie bei der Schaffung von Planungskapazitäten fördern. Denn die Herausforderungen der Transformation betreffen auch die Quartiere – von Klimaanpassung über Digitalisierung ändern sich die Anforderungen. Das alles sind gigantische Aufgaben, doch wir ducken uns nicht weg, sondern werden gemeinsam mit den Kommunen an zukunftsfähigen hessischen Quartieren arbeiten.

SPD

Der Landessozialbericht darf nicht länger eine reine Bestandsaufnahme bleiben, sondern es müssen daraus endlich konkrete Schritte zur Verbesserung der Lage von Menschen in schwierigen Lebenssituationen folgen. Um Armut altersübergreifend zu bekämpfen, müssen wir mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die Armut, Armutsfolgen und Armutswirkungen beseitigen und soziale Teilhabe für alle ermöglichen.

Wir müssen alles dafür tun, dass es für alle bezahlbaren Wohnraum gibt. Für Menschen in besonderen Lebenslagen setzen wir auf soziale Wohnraumhilfen. Da es davon bisher nur zwei in Hessen gibt, werden wir ein Landesförderprogramm „Wohnraumhilfen“ auflegen. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern, brauchen wir zudem kommunale Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten. Für die Arbeit in den benachteiligten Quartieren wollen wir die Gemeinwesenarbeit wieder stärken.

Wir wollen für gleiche Bildungschancen sorgen, kein Kind darf zurückgelassen werden. Dafür brauchen wir den Ausbau echter Ganztagschulen, beitragsfreie Bildung von der Krippe bis zum Master und einen schulscharfen Sozialindex.

FDP

Gleichwertige Lebensverhältnisse können formell oder informell verstanden und unterstützt werden. Wir konzentrieren uns zuvorderst auf den Bereich, der den Alltag der Menschen beeinflussen kann und daher direkt auf das Leben vor Ort und im Miteinander einwirkt. Wir stellen daher die Integration, eine kulturelle Bildung und den Sport heraus.

Integration gelingt, wenn der Zusammenhalt der Gesellschaft in seiner Vielfalt gewahrt wird. Wir Freie Demokraten wollen dazu Begegnungsplattformen ausbauen und uns dafür einsetzen, dass diese genutzt werden, um besonders benachteiligte Quartiere dabei zu unterstützen zwanglos miteinander ins Gespräch zu kommen. Essentiell ist dabei ein niedrigschwelliges Angebot, ob über den lokalen Verein oder ein Kulturcafé. Wir wollen Initiatoren solcher Angebote ermutigen und fördern.

Kulturelle Bildung dient dem Auseinandersetzen des Menschen mit sich, der Umwelt und der Gesellschaft. Sie stellt die kulturelle Teilhabe dar, mit einem verhältnismäßig voraussetzungsreichem Zugang. Menschen aus benachteiligten Quartieren brauchen bei diesen Voraussetzungen Unterstützung. Wir wollen daher ein Kulturbudget einführen, das sich an der Anzahl der Kinder und Jugendlichen orientiert und von den Schulen selbstständig verwaltet wird. Dabei unterstützen wir die Arbeit der Kinder- und Jugendtheater, unter anderem Wettbewerbe wie "Jugend musiziert", "Jugend malt", um die Teilhabe auch allen Jugendlichen gleichermaßen zu stärken. Daneben sollen kulturelle Einrichtungen, wie z.B. Kunst- oder Musikschulen, die sich um eine Integration von Kindern aus bildungsfernen und wirtschaftlich schwachen Familien besonders einsetzen, einen höheren Zuschuss aus Landesmitteln erhalten. Über den Sport werden Werte transportiert und Toleranz, Teamgeist und Fairness vermittelt. Mit der Förderung von integrativen und inklusiven Angeboten wollen wir die zentrale Funktion von Sport herausstellen. Dazu bieten wir Freie Demokraten Menschen mit einer unterschiedlichen Herkunft und Sprache als auch unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen die Möglichkeit, diese näherzubringen. Wir wollen dazu das Programm "Sport integriert Hessen" fortschreiben.

DIE LINKE

DIE LINKE. Hessen hat mit dem kürzlich veröffentlichten Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut einen umfassenden Handlungskatalog vorgelegt, der auf die erschütternde Armutsentwicklung in Hessen und die Ergebnisse des 3.

Landessozialberichts reagiert. Damit wollen wir deutlich machen, dass die Reduzierung von Armut in allen Politik- und Lebensbereichen ansetzen muss und wir von der bisherigen vorwiegenden Förderung in Modellprojekten dringend zu ganzheitlichen Ansätzen übergehen müssen. Nur so kann vollumfängliche gesellschaftliche Teilhabe tatsächlich für alle Menschen in Hessen realisiert werden.

Dies vorangestellt, halten wir mit Blick auf die Arbeit in benachteiligten Quartieren die folgenden drei konkreten Vorhaben für essenziell:

- Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle Menschen unabhängig von der finanziellen Situation möglich sein. Dazu braucht es Begegnungsräume, an denen kein Geld ausgegeben werden muss. Als Begegnungsräume sind „dritte Orte“ zu verstehen, an denen Menschen außerhalb von Zuhause und Arbeitsplatz zusammenkommen und in Austausch treten können. Dies sollen - anders als die meisten bestehenden Orte dieser Art - Räume sein, an denen kein Geld ausgegeben werden muss. So kann jede*r, unabhängig vom Einkommen an diesen teilhaben. Dazu wollen wir diese Räume barrierefrei und leicht erreichbar machen. Es können beispielsweise Bibliotheken und öffentliche Versammlungsorte der Gemeinden, wie Vereins- und Bürgerhäuser, flächendeckend zu solchen „Dritten Orten“ gewandelt werden. Diese wollen wir als Orte des sozialen Austausches und der Gemeinschaft für alle zugänglich machen.
- Das Angebot an Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen wollen wir ausbauen und kostenfrei zugänglich machen. Um gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu fördern, müssen alle Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Museen, Schwimmbäder, Kultur und Kunst, Bildungsangebote und Bibliotheken unentgeltlich für alle Menschen nutzbar werden. Als ersten Schritt wollen wir den Zugang für Menschen in Armut und für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos ermöglichen. Wir wollen einen kostenlosen Eintritt in Landesmuseen für Schüler*innen, Auszubildenden und Studierende. Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sollen flächendeckend kostenfreies WLAN vorhalten.
- Auch sozial benachteiligte Menschen haben ein Recht darauf, über das eigene Quartier und den sozialen Nahraum hinaus unterwegs zu sein. Der Nahverkehr in Hessen muss ausgebaut werden, kostenlos und barrierefrei sein. Es muss für jeden Menschen auch ohne eigenes Auto möglich sein mobil zu sein. Dafür wollen wir mit einer Mobilitätsgarantie sorgen. Dazu muss der Nahverkehr in Hessen flächendeckend ausgebaut werden; rund um die Uhr getaktet, klimaschonend und barrierefrei. Die Preise im Nahverkehr wollen wir zunächst deutlich senken und schrittweise auf einen Nulltarif bringen. Der Preis für das hessische Sozialticket ist mit 31 Euro pro Monat weiterhin zu hoch. Wir wollen das 9-Euro-Ticket als Sozialticket fortführen. Studien belegen, dass das 9-Euro-Ticket einen massiven Zugewinn an Teilhabe, gerade für arme Menschen, ermöglicht hat.

02

Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des Bund-Länder-Programms „Sozialer Zusammenhalt“?

CDU

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Wir bewerten das Förderprogramm insbesondere aufgrund des Ortsbezugs und aufsuchender Strategie insgesamt als Erfolg. Die jüngst neu strukturierte Stadtentwicklungsförderung nimmt gezielt Zukunftsthemen wie die Transformation der Wirtschaft, den Klimaschutz oder eben auch den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren ins Visier. Hessen hat seinen Werkzeugkasten an Fördermöglichkeiten für Stadtentwicklung während unserer Regierungsverantwortung immer weiter modernisiert. Heute ist die hessische Förderlandschaft ein deutschlandweit anerkanntes Erfolgsmodell für attraktivere und nachhaltige Kommunen. Durch eine passgenaue Finanzierung aus Landesmitteln konnte im vergangenen Jahr jedes einzelne mit Bundesmitteln unterstützte Projekt mit ausreichend Landesgeld gegenfinanziert und so ermöglicht werden. Diesen Weg werden wir weitergehen und bei den Kommunen für das Förderprogramm werben.

SPD

Das Programm ist eines von drei Bund-Länder-Programmen, die im Rahmen der von Willy Brandt 1971 eingeführten Städtebauförderung die veränderten Problemlagen gezielter anspricht. Was alle Programme eint: Sie investieren in eine bessere Lebensqualität und ein besseres Miteinander vor Ort – zum Beispiel durch Plätze, Parks, Spielplätze, Grünanlagen und öffentliche Einrichtungen wie Gemeinschaftshäuser oder Kinder- und Jugendhäuser. So entstehen große Investitionssummen, die letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Dies hat sich Jahrzehntlang bewährt und dies werden wir weiter vorantreiben.

FDP

Wir Freie Demokraten unterstützen das in 2020 weiterentwickelte und fortgeführte Förderprojekt "Sozialer Zusammenhalt - Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten". Wir erkennen die Integration aller Bevölkerungsgruppen an und bewerten die Aufwertung von Stadt- und Ortsteile durch die Finanzhilfen des Bundes als positiv für die Quartiere und die darin lebenden und strukturell benachteiligten Menschen.

DIE LINKE

Das Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ hat sich aus Sicht der LINKEN bewährt. Es ist wesentlicher Bestandteil der Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wie sie unser Grundgesetz vorgibt. DIE LINKE wird sich in Zeiten einer zunehmenden sozialen Spaltung für eine Weiterführung und den Ausbau der Förderung auf Bundes- und Landesebene einsetzen.

03

Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des hessischen Landesprogramms zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen?

CDU

Im Rahmen des Hessischen Sozialbudgets sowie des „Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ hat die CDU-geführte Landesregierung 2015 das Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“ ins Leben gerufen, um die besonderen Unterstützungsangebote in Stadtteilen und Quartieren, die besondere Herausforderungen zu bewältigen haben und Integrationsleistungen für das gesamte Gemeinwesen erbringen, zu erweitern.

Es zielt auf die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen im Gemeinwesen. Für passgenaue, innovative, sozialintegrative Maßnahmen standen letztes Jahr rund acht Millionen Euro zur Verfügung.

Die erzielten Erfolge in den Kommunen und Quartieren sind beachtlich, so dass wir uns für die Fortsetzung und Verstetigung des Förderprogramms einsetzen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Gerade in Zeiten mit Veränderungen braucht es Sicherheit und ein stabiles soziales Netz mit einer verlässlichen Daseinsvorsorge. Daher wollen wir das hessische Sozialbudget auf 200 Millionen Euro pro Jahr erhöhen. Die Gemeinwesenarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer hessischen Sozialpolitik und Bestandteil des Sozialbudgets. Sie bringt die gleichberechtigte Teilhabe aller und das gesellschaftliche Miteinander voran. Stadtteile entwickeln sich positiv und durch mehr Kommunikation und Selbstorganisation verbessern sich die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Die Gemeinwesenarbeit orientiert sich an der Lebenswelt der Bewohner*innen und stärkt sie darin, ihre Interessen zu formulieren und sich für sie einzusetzen. Das Programm selbst ist somit nur als partizipativer Prozess denkbar. Daher haben wir den beständigen Ausbau der Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen und Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen stark vorangetrieben. Der Auf- und Ausbau von Quartierbüros ermöglicht es, den sozialen Zusammenhalt in Stadtteilen und Quartieren nachhaltig zu fördern und bedarfsgerecht in sozialen Problemlagen zu unterstützen. Dass wir eine gesicherte Zukunft für das Landesprogramm der Gemeinwesenarbeit sehen, zeigt sich auch daran, dass wir es im Haushalt verbindlich im Sozialbudget verankert haben. In den letzten Jahren sind die Mittel dafür auf mittlerweile 6,85 Millionen Euro angewachsen. Dadurch werden in ganz Hessen 75 Standorte gefördert. Seit 2015 sind somit 70 Standorte hinzugekommen. Uns ist es besonders wichtig, dass die Gelder flexibel nach den Bedarfen vor Ort eingesetzt werden können. Beispielsweise können der Ausbau der Selbstorganisation und verbesserte Partizipation der Menschen finanziert werden. Vernetzung und Kooperationsstrukturen im Quartier werden ebenso gefördert wie ehrenamtliches Engagement. Vor Ort entstehen Begegnungsmöglichkeiten und das Image des Stadtteils wird verbessert. Außerdem gibt es Beratung und Hilfen für Menschen, die Sozialleistungen empfangen. Wir werden uns auch in der nächsten Legislaturperiode für einen weiteren Ausbau des Programms Gemeinwesenarbeit und dessen Weiterentwicklung einsetzen.

SPD

Die Gemeinwesenarbeit baut auf Sozialarbeit in den Quartieren und Beteiligung der Bevölkerung. Im Kern geht es darum, dass sich Menschen für ihr Umfeld einsetzen und daran (auch politisch) teilhaben. Wir wollen die Gemeinwesenarbeit und ihre Projekte auch weiterhin finanziell unterstützen. Dabei wollen wir den Flickenteppich von kurzfristigen Projekten durch verlässliche Unterstützung ersetzen und so überall in Hessen für gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute soziale Infrastruktur sorgen. Die zahlreichen Projektförderungen im sozialen Bereich greifen zu kurz und müssen die Ausnahme bleiben, gesetzliche Lösungen die Regel werden. Wir werden Maßnahmen langfristig anlegen und unsere Kommunen mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Mit einem konzeptionell von Grund auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten dynamisierten Sozialbudget werden wir die soziale Infrastruktur krisenfest machen.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen im Zuge der Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse von benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen, das Landesprogramm zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen weiterentwickeln und fortführen.

Eine Weiterentwicklung des Programms könnte im Hinblick auf die Brückenfunktion, die den errichteten Projektbüros in den geförderten Stadtteilen und Quartieren zukommt neue Erkenntnisse über die Wirksamkeit des Programms liefern.

Ebenfalls denkbar wäre eine Erörterung der erreichten Zielpunkte und deren Konkretisierung zur Wirksamkeitsüberprüfung der Förderungen. Darunter ließe sich die Frage fassen, ab wann eine konkrete Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse von benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen (messbar) erreicht ist und welcher Handlungsbedarf in bereits geförderten Stadtteilen und Quartieren bestünde. Valide Antworten könnten über das eingesetzte Personal in den Projektbüros in Erfahrung gebracht und somit weiterführendes und zielgerichtetes Förderpotential eruiert werden. Hierunter könnten ebenfalls präventive Maßnahmen zur Verhütung von sozialen Brennpunkten gefasst werden, insbesondere im Hinblick auf eine gemeinwesenorientierte Zusammenarbeit von lokalen Stellen.

DIE LINKE

Die Gemeinwesenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte zur Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts in Hessen. Dies verdankt sich in erster Linie dem hohen Engagement vieler Ehrenamtlicher und natürlich auch der Arbeit der hauptamtlichen Unterstützungsstrukturen. Aus Sicht der LINKEN ist es deshalb erforderlich den bestehenden Strukturen ihre wichtige Arbeit so leicht wie möglich zu machen und sie auf Dauer zu stellen. Eine gelingende Quartiersentwicklung braucht langfristige Perspektiven und Unterstützung, auch damit die Kraft der engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen vor Ort in die eigentliche Projekt- und Sozialarbeit statt in bürokratische Anforderungen und Hemmnisse geht. Die Vielfältigkeit der Förderstränge im Bereich integrierter Stadtteilentwicklung mit ihren teils ganz unterschiedlichen Zielsetzungen, bieten Chancen aber auch Risiken, denen wir durch eine bessere Koordinierung und Abstimmung entgentreten wollen. Für eine noch zielgenauere Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit und anderer sozialer Angebote treten wir als LINKE für eine Neuorientierung der Landessozialberichterstattung ein, die den Kommunen eine tatsächliche Sozialraumplanung ermöglicht.

04

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine adäquate Wohnraumversorgung – vor allem für von Armut betroffene Menschen - zu sichern?

CDU

Die Belastungen und Herausforderungen am Wohnungsmarkt sind dramatisch. Auf Grund der hohen Kosten und immer weiter steigender Bürokratielasten entsteht viel zu wenig neuer Wohnraum. Dies gilt sowohl für den sozialen Wohnungsbau als auch für Eigentum im Rahmen eines Hauses oder einer Wohnung. Der Neubau von Wohnungen ist seit dem Regierungswechsel im Bund praktisch zum Erliegen gekommen – die „Ampel“ verfehlt ihre selbstgesteckten Ziele.

Als CDU Hessen stehen wir für eine andere Politik. Wir wollen den Wohnungsbau weiter stärken und dabei verschiedene Wohnformen fördern. Dabei ist es uns wichtig, auch den sozialen Wohnungsbau gezielt zu unterstützen, um allen Menschen eine bezahlbare Wohnung zu ermöglichen. Die CDU-geführte Landesregierung war hierbei erfolgreich und hat als eines von nur vier Ländern in Deutschland die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten Jahren kontinuierlich steigern können.

Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu ermöglichen, wollen wir eine Reihe an Maßnahmen ergreifen.

Preisgebundene Wohnungen sind ein wichtiger Baustein für bezahlbare Mieten. Im Bereich der Sozialwohnungen wollen wir daher weiterhin durch den verstärkten Kauf von Belegungsrechten dafür sorgen, dass preisgebundene Wohnungen auch nach Ablauf der Bindungsfristen bezahlbar bleiben. Darüber hinaus hat die CDU-geführte Hessische Landesregierung erst kürzlich die Förderbedingungen im Sozialen Wohnungsbau noch einmal deutlich verbessert, indem u.a. die Darlehensbeträge und Finanzierungszuschüsse für den Neubau von Sozialwohnungen erhöht wurden, die Zinsfreiheit der Förderdarlehen erhalten bleibt und die Fördermittel künftig auch für energetische Sanierung verwendet werden können. Wir wollen die bestehenden Förderrichtlinien auch zukünftig evaluieren und an den aktuellen Bedarf anpassen.

Damit die Schaffung von Wohnungen mit Sozialbindung nicht weiter stockt, werden wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Neben der Evaluierung der Förderangebote gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften, wollen wir bestehende Mindeststandards zur Förderfähigkeit kritisch hinterfragen und gegebenenfalls anpassen. Dies betrifft insbesondere die Mindestgrößen und Mindestanzahl von Wohneinheiten sowie überzogene Ausstattungsvorgaben.

Außerdem unterstützen wir die Aktivitäten von Wohnungsbaugenossenschaften und Wohneigentumsgemeinschaften. Die in öffentlicher Hand befindlichen Wohnungsbaugesellschaften sollten sich verstärkt auf das Kerngeschäft der Schaffung von bezahlbarem Mietraum konzentrieren.

Darüber hinaus ermöglicht das Wohngeld vielen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, sich frei am Wohnungsmarkt mit einer Wohnung zu versorgen. Wir begrüßen, dass durch die Reform des Wohngeldes mehr Menschen Zugang zu dieser Unterstützungsmöglichkeit bekommen. Die Neugestaltung des Wohngeldes werden wir unverzüglich umsetzen und die Mittel dabei noch stärker darauf ausrichten, vor allem Familien mit mittleren Einkommen dabei zu unterstützen, gestiegene Mietpreise bezahlen zu können.

Neben der gezielten Förderung von sozialem Wohnungsbau ist aus unserer Sicht der einzige Schlüssel für mehr bezahlbaren Wohnraum mehr Wohnraum. Wir wollen daher den steigenden Preisen und Zinsen etwas entgegensetzen. Den sich verschlechternden Rahmenbedingungen müssen wir mit mehr Freiheit begegnen. Bund, Land und Kommunen müssen hier an einem Strang ziehen und handeln, statt nur leere Ziele zu formulieren. Dazu bedarf es eines Aufbruchs für einen Bau-Boom mit viel mehr Investitionen und ohne bürokratische Hemmnisse. Gerade, weil Bauen so teuer geworden ist, müssen Hürden und Hindernisse abgebaut und mehr Investitionsfreiheit ermöglicht werden, damit der Bauturbo zünden kann.

Dafür ist viel auf Bundesebene zu tun. Aber auch wir in Hessen haben konkrete Pläne: Städte und Gemeinden sind durch die Ausweisung von Neubaugebieten mit hohen Folgekosten für die Infrastruktur konfrontiert. Im Zuge der Evaluation des kommunalen Finanzausgleichs wollen wir daher prüfen, wie Kommunen, die neue Flächen ausweisen, finanzielle Anreize erhalten können. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Gemeinden, die bis Ende 2025 neue, derzeit nicht geplante Baugebiete ausweisen, in einem gemeinsamen Programm von Bund und Ländern bis zu 30 Prozent der direkten Erschließungskosten als Zuschuss bekommen können. Für kleinere Kommunen werden wir eine Vorfinanzierung der Maßnahmen zur Baulanderschließung ermöglichen und eine Berücksichtigung von Wohnfolgekosten sicherstellen. Außerdem wollen wir den Kommunen ein digitales Potenzialflächenkataster zur Verfügung stellen, um insbesondere Brach- und Konversionsflächen besser zu entwickeln.

Durch die oben genannten Maßnahmen wollen wir insgesamt mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und damit insbesondere die angespannten Wohnmärkte in den Ballungsgebieten entlasten.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Uns ist es besonders wichtig, die hohe Nachfrage nach gefördertem Wohnraum in den Griff zu bekommen. Nach Jahren sinkender Zahlen unter unseren Vorgängerregierungen konnte in 2021 erstmals wieder ein Zuwachs von 803 auf insgesamt 80.523 geförderte Wohnungen erzielt werden. Im Jahr 2022 stehen sogar 1.636 neue Wohnungen zu Buche. Gründe für die positive Entwicklung sind unter anderem die Verbesserung der Förderkonditionen und eine signifikante Erhöhung der Mittel von 54 Mio. im Jahr 2011 auf 334 Mio. Euro in 2022. Insgesamt stehen von 2019-2024 in Hessen 2,7 Milliarden Euro für die Wohnraumförderung bereit. Wir wollen in der Ausgestaltung unserer Instrumente einen besonderen Schwerpunkt auf Menschen legen, die es auf dem freien Wohnungsmarkt schwer haben. Auch wenn globale Krisen und Baukostensteigerungen den Neubau erschweren, halten wir an unserem Kurs fest. Wir werden die Förderkonditionen weiter anpassen, damit immer mehr geförderte Wohnungen in Hessen gebaut werden. Darüber hinaus wollen wir mit mehr Holzbau, Baustoffrecyclingprogrammen und cradle-to-cradle-Lösungen für gleichzeitig klimafreundlicheres und kostengünstiges Bauen sorgen. Weiterhin haben wir mit der gezielten Förderung von qualifizierten Mietspiegeln in den Kommunen gezeigt, dass uns die Unterstützung der Kommunen bei der Mammutaufgabe nachhaltiger Wohnungsneubau wichtig ist. Hier wollen wir in Zukunft noch mehr tun.

SPD

Gegen übermäßiges Profitstreben in der Immobilienwirtschaft gehen wir entschlossen vor. Zweckentfremdung, insbesondere spekulativen Leerstand von Wohnraum, werden wir gesetzlich verbieten. Spekulation auf Wohnraum werden wir wirtschaftlich unattraktiv machen. In angespannten Wohnungsmärkten werden wir die Kündigungssperrfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ausweiten. Wir wollen möglichst viel Boden in öffentlicher Hand halten (Vorrang Erbbaurecht, Aufbau Bodenfonds) und jedes Jahr Wohneinheiten zurück in öffentliches Eigentum überführen. Wohnungsbau, der nicht auf Rendite aus ist, – etwa durch Genossenschaften oder gemeinnützige Wohnungswirtschaftsunternehmen sowie gemeinschaftliche Wohnprojekte – werden wir unterstützen (z. B. durch bessere Förderprogramme und Finanzierungskonditionen), damit auch bezahlbare Wohnungen für jene entstehen, die keinen Wohnberechtigungsschein haben. Wir werden die Pläne der Bundesregierung für die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit unterstützen, damit Investitionen in bezahlbares Wohnen sich wieder lohnen. Hier setzen wir uns dafür ein, dass der Status der Gemeinnützigkeit auch Genossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten gemeinschaftlichen Wohnprojekten zusteht, die langfristig preisstabilen Wohnraum zu Kostenmieten schaffen, um die nicht renditeorientierte Wohnraumversorgung weiter auszubauen. In den letzten Jahren sind die Mieten schneller gestiegen als die Gehälter. Den Schutz von Mieter*innen werden wir deshalb effektiv verbessern. Sie sollen leichter in den Genuss der besonders mieterschützenden Regelungen kommen (Mietpreisbremse, Kappung von Mieterhöhungen, Deckelungen von Modernisierungsumlagen), welche die SPD-geführte Bundesregierung aktuell weiter verbessert. Wir werden daher weitere Kommunen als angespannte Wohnungsmärkte einstufen. Damit Mieter*innen ihre Rechte einfach durchsetzen können, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Mietspiegel in Hessen schrittweise ausweiten.

Für Menschen in besonderen Lebenslagen setzen wir auf soziale Wohnraumhilfen. Da es davon bisher nur wenige in Hessen gibt, werden wir ein Landesförderprogramm „Wohnraumhilfen“ auflegen. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern, brauchen wir zudem kommunale Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten.

Menschen in Armut sind in besonderem Maße von hohen Energiekosten betroffen. Trotz der vielen bereits ergriffenen Maßnahmen auf Bundesebene zur Senkung der Energiekosten, wird es Menschen geben, die von Energie- und Stromversorgungssperren betroffen sind. Für sie brauchen wir zusätzliche Maßnahmen auf Landesebene wie einen „Notfallfonds Energiesperren“. Soziale Träger und Einrichtungen dürfen mit steigenden Kosten nicht alleine gelassen werden. Sie müssen durch Landesmittel so unterstützt werden, dass das soziale Hilfesystem aufrechterhalten werden kann.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen die bestehende Herausforderung ins Visier nehmen, die durch die Landesregierung nicht gelöst werden konnte. Es soll der eklatante Mangel an Wohnraum und den daraus resultierenden Mieten besonders mit Blick auf hessische Ballungsräume auf rasant steigenden Baukosten und der geringen Eigentumsquote fokussiert werden. Dazu wollen wir Freie Demokraten das Bauen wieder günstiger machen. Das soll mithilfe eines Freibetrages in Höhe von 500.000 für die erste selbst genutzte Immobilie bei der Grunderwerbsteuer, einer heimischen Rohstoffproduktion, wie der Aufhebung des Verbots von Sand- und Kiesabbau im Bannwald und einer geringeren Bürokratisierung und Regulierung durch die Ausschöpfung des Digitalisierungspotenzials in Angriff genommen werden. Mit einem Bibliotheksentwicklungsplan kann der Bedarf zudem koordiniert und ein flächendeckendes Netz gesichert werden.

Im Hinblick auf und unter besonderer Berücksichtigung von Armut betroffenen Menschen haben wir in unserem Wahlprogramm den Erwerb von Belegungsrechten für Sozialwohnungen im Bestand verankert. Darüber hinaus wollen wir Freie Demokraten die Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen verstärkt fortsetzen. Zur Verhinderung einer Ghettobildung soll außerdem die Stadtplanung bei diesem Vorhaben involviert werden und das Vorhaben unterstützend begleiten

DIE LINKE

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht. Als LINKE setzen wir uns entschlossen für bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Hierzu wollen wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Mieterinnen und Mieter im Wohnungsbestand vor steigenden Mieten, Verdrängung und Zwangsräumung zu schützen und den Verlust von Wohnraum zu verhindern. Dies beinhaltet u.a. die Ausweisung von mehr hessischen Städten als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt, eine Unterstützung der Kommunen beim Mieterschutz und die Wiedereinführung eines Gesetzes gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung.

Zugleich braucht es mehr bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen. Als LINKE wollen wir ein Landesprogramm auflegen, mit dem 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr geschaffen werden können – barrierefrei, klimaneutral und dauerhaft sozial gebunden. Hierfür wollen wir die Mittel in der sozialen Wohnraumförderung massiv erhöhen und das System stärker als bisher auf öffentliche, genossenschaftliche und gemeinnützige – d.h. nicht profitorientierte – Wohnungsunternehmen zuschneiden. So soll auch die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) gestärkt und sozialer ausgerichtet sowie kommunale Unternehmen, Genossenschaften und gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt gefördert werden.

Schließlich setzt sich die LINKE dafür ein, benachteiligte Gruppen am Wohnungsmarkt zu unterstützen, Diskriminierungen abzubauen sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Hierfür wollen wir die Datenlage verbessern, in Zusammenarbeit mit den Kommunen die flächendeckende Einrichtung von sozialen Angeboten und Wohnungssicherungsstellen fördern und feste Kontingente bei öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften für vulnerable Gruppen einführen. Um eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, Obdachlosen und anderen zu gewährleisten, sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, in Notsituationen vorübergehend und gegen Entschädigung leerstehende Wohn- und Gewerberäume beschlagnahmen zu können.

05

Was wird Ihre Partei veranlassen, um die Bildungschancen von Menschen in benachteiligten Quartieren zu fördern?

CDU

Neben der Erziehung legt eine gute Bildung den Grundstein für das weitere Leben. Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben und lebenslanges Lernen das Leitmotiv unserer hessischen Bildungspolitik. Wir haben in Hessen Bildung in den Mittelpunkt gestellt und die Bildungsinvestitionen stetig gesteigert. Im Jahr 2024 überschreitet der Bildungsetat mit 5,1 Milliarden Euro erstmals die Marke von fünf Milliarden Euro. In Hessen unterrichten rund 64.000 Lehrkräfte – so viele wie nie zuvor.

Die unterschiedlichen Veranlagungen von Kindern und Jugendlichen verpflichten zu einer ideologiefreien, differenzierten und verlässlichen Bildungspolitik. Auf dem Fundament einer stabilen und vielfältigen Schullandschaft setzen wir den eingeschlagenen Modernisierungskurs an unseren Schulen fort. Individuelle Förderung sowie Leistungs- und Aufstiegs-gerechtigkeit gehören für uns zusammen. Wir werben für beste Schulen und die besten Lehrkräfte an Schulen mit besonderen Herausforderungen, damit gerade auch die Bildungschancen von Menschen in benachteiligten Quartieren gefördert werden.

Schulen mit besonderen Herausforderungen erhalten vom Land besondere Unterstützung. Daher werden wir den Schulen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Elternhäusern zusätzliche Mittel für die individuelle Förderung der Kinder bereitstellen. Ihnen weisen wir aus dem datenbasierten Sozialindex mehr personelle und finanzielle Ressourcen für ihre Arbeit zu. Hierfür werden über die 105%ige Lehrerversorgung hinaus weitere rund 650 Stellen zur Verfügung gestellt.

Ein wichtiger Beitrag für die Verbesserung der Bildungschancen in benachteiligten Quartieren, bei denen häufig auch der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Herkunftssprache überdurchschnittlich hoch ist, ist zudem unser umfassendes Konzept zur Stärkung der Bildungssprache Deutsch von Klein auf. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für einen späteren Bildungserfolg. Um jedem Kind gerechte Startchancen in unser Bildungssystem zu bieten und den Eingang in die Schule zu erleichtern, müssen bestimmte Fähigkeiten – insbesondere die deutsche Sprache – beherrscht werden. Um diese gleichen Chancen für alle Kinder sicherzustellen, wird im letzten Jahr vor der Einschulung der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung obligatorisch. Kindern mit besonderem Förderbedarf werden in verpflichtenden Vorlaufkursen die nötigen Grundlagen vor dem Start in die Grundschule vermittelt. Insbesondere muss die Teilnahme an Sprachscreenings (KISS3) flächendeckend und verpflichtend stattfinden und die Sprachförderung in Kitas weiter ausgebaut werden. Zur Stärkung der Bildungssprache Deutsch werden wir zudem eine zusätzliche Deutschstunde in den Jahrgangsstufen 1 und 2 einführen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Um die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen vom familiären Hintergrund zu entkoppeln, setzen wir auf ein chancengerechtes Bildungssystem. Dieses Ziel wollen wir für alle Schulen verwirklichen, sehen aber auch, dass es eine besondere Förderung da benötigt, wo die Herausforderungen am größten sind – damit alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihres Hintergrunds und ihrer Ausgangsbedingungen ihre Persönlichkeit und Talente frei entfalten können.

Aus diesem Grund haben wir GRÜNEN seit Eintritt in die Landesregierung im Jahr 2014 der Bildungspolitik in Hessen eine neue Richtung gegeben und legen einen Schwerpunkt auf die Bildungseinrichtungen an den Orten mit den größten Herausforderungen. Dabei spielt Sprache und Sprachentwicklung eine ganz besondere Rolle, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Daher haben wir umgesetzt, dass sprachliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege besonders gefördert werden. Kindertagesstätten, in denen viele Kinder betreut werden, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist oder für die die Jugendhilfe die Kostenbeiträge übernimmt, werden mit der Schwerpunkt-Pauschale zusätzlich gefördert. Über das Landesprogramm „Sprachförderung für Kinder im Kindergartenalter“ unterstützen wir insbesondere Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf. Damit gehen auch spezielle Fortbildungen für die Erzieher*innen einher. Daran wollen wir festhalten. Mit der Einführung verbindlicher Deutsch-Vorlaufkurse bei Sprachschwierigkeiten im letzten Kindergartenjahr, der Übernahme des Bundesprogramms Sprach-Kitas durch das Land sowie weiteren Maßnahmen setzen wir ein besonderes Augenmerk darauf, dass alle Kinder vor der Einschulung in die Lage versetzt werden, erfolgreich am Schulunterricht teilnehmen zu können. Gleichzeitig erkennen wir Mehrsprachigkeit als gewinnbringende Fähigkeit in unserer vielfältigen Gesellschaft und globalisierten Welt an. Es zeigt sich, dass sich das sichere Beherrschen der Muttersprache auch positiv auf den Erwerb der Bildungssprache Deutsch auswirkt. Deswegen wollen wir auch mehrsprachige Kompetenzen zusätzlich zur Bildungssprache Deutsch zukünftig noch gezielter fördern, bspw. durch Projekte zur mehrsprachigen Leseförderung in Kitas und Grundschulen und durch die Förderung herkunftssprachlicher Kompetenzen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Auch mit dem Landesprogramm „Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen“ nehmen wir gezielt die Schulen und Schüler*innen in den Blick, die besonderen Unterstützungsbedarf haben: Auf GRÜNE Initiative wurden 2018 vom Land Hessen erstmals Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte („UBUS“) zur Verfügung gestellt, um die Schulsozialarbeit an unseren Schulen zu unterstützen – inzwischen stehen hierfür über 1.100 Stellen zur Verfügung. Dabei kommt diese Maßnahme insbesondere Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen zugute: Grundschulen, die zum Beispiel eine hohe Schülerzahl aufweisen und alle weiterführenden Schulen mit dem Bildungsgang Haupt- und Realschule erhalten spätestens zum Schuljahresstart 2023/2024 mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft zugewiesen. Darüber hinaus lenken wir mit dem Sozial- und Integrationsindex zusätzliche Lehrkräftestellen gezielt an Schulen, die aufgrund der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft besonders herausgefordert sind. Diese Programme werden wir weiterführen und ausbauen. Einen weiteren Schwerpunkt wollen wir hierbei auf die Abschlussklassen der Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang setzen, um den Übergang in den Beruf zu unterstützen. Auch durch den weiteren Ausbau der Schulpsychologie und die Schulgesundheitspflege wollen wir die Arbeit in multiprofessionellen Teams stärken sowie die schulische Präventionsarbeit im Bereich (psychischer) Gesundheit ausbauen. Die Förderprogramme zur Kompensation nach Corona werden wir fortführen und stärker auf Schulen und Schüler*innen mit dem größten Förderbedarf konzentrieren. Integrierte Gesamtschulen als Innovationsmotoren in Bereichen der Inklusion, Integration und längerem gemeinsamen Lernen wollen wir als Schulform weiter gezielt fördern.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir darauf, dass möglichst alle Jugendlichen einen Weg in das Arbeitsleben finden können. Kein junger Mensch soll zwischen Schule und Arbeitswelt verloren gehen oder jahrelang Warteschleifen durchlaufen, die sie oder ihn letztlich nicht weiterbringen – hierfür haben wir die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) geschaffen, die ganz gezielt die Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis zum Ziel hat.

Insbesondere in Zeiten von Digitalisierung, Automatisierung sowie der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bedarf es auch im Bereich der Erwachsenenbildung vielfältiger, niedrighschwelliger und kostengünstiger Bildungsangebote, um Möglichkeiten zur Weiterbildung und beruflichen Umorientierung zu bieten. Die Volkshochschulen und die weiteren anerkannten Träger der Weiterbildung schaffen hier ein verlässliches Netz, das wir mit dem inzwischen zweiten „Pakt für Weiterbildung“ 2021-2025 durch Landesmittel deutlich gestärkt haben. Auch in der kommenden Wahlperiode wollen wir GRÜNEN uns erneut dafür einsetzen, die Volkshochschulen und weiteren anerkannten Weiterbildungsträger finanziell weiter zu stärken, um die Zugänge zu Angeboten des lebensbegleitenden Lernens und der Weiterbildung weiter zu öffnen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Neben der schulischen Bildung kommen aber – insbesondere in benachteiligten Quartieren – auch den Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit eine wichtige Rolle zu, um die gesellschaftliche Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung und politische Bildung junger Menschen zu fördern. Deshalb ist uns GRÜNEN auch die Förderung der vielfältigen Träger der freien Jugendhilfe – Wohlfahrtsverbände, Vereine, Initiativen und andere Träger von Einrichtungen und Diensten – stets ein wichtiges Anliegen gewesen und wird es weiterhin sein.

SPD

Wir wollen, dass Bildungserfolg nicht vom Einkommen der Eltern oder überhaupt von äußeren Rahmenbedingungen abhängt. Kinder sollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialem und kulturellem Hintergrund, sonderpädagogischem Förderbedarf oder Behinderung, diskriminierungsfreie gleiche Bildungschancen und damit gute Startchancen für Leben und Zukunft haben. Gleiche Bildungschancen für alle Menschen erreichen wir, indem Chancen nicht vom Wohnort abhängen.

Wir wollen gleiche Lehr- und Lernbedingungen in ganz Hessen. Regionale Unterschiede werden wir beseitigen, indem wir unsere Schulträger bei der Modernisierung ihrer Schulen gezielt unterstützen. Wir weiten die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich aus. Lernende und Lehrende erhalten die notwendigen Geräte und Plattformen zur Verfügung.

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung, von Anfang an. Auch deshalb muss Bildung beitragsfrei werden. Von der Krippe bis zum Meister oder Master. Elternbeiträge für die Kitas schaffen wir komplett ab. Die SPD macht Schluss mit den halben Sachen von Schwarz-Grün. Damit sorgen wir für die größte Nettoentlastung für Familien in Hessen.

Auch Ganztagschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Unterrichtsangebote am Nachmittag bieten zusätzliche Möglichkeiten für selbstbestimmtes Lernen und chancengleiche Förderung. Wir werden einen konkreten Ausbauplan für unsere Schulen zu Ganztagschulen entwickeln. Der Ausbau darf nicht nur quantitativ, sondern muss auch qualitativ durch eine neue Rhythmisierung von Unterricht, Freiarbeit und Freizeit während der Schulzeit stattfinden.

FDP

Es ist bekannt, dass die soziale Herkunft heutzutage den Bildungserfolg stark beeinflusst. Die daraus resultierende fehlende Chancengerechtigkeit stellt eine besondere Anforderung an die Politik. Wir Freie Demokraten wollen dazu beitragen, dass Entwicklungspotenzial der Kinder und Jugendlichen aus bildungsbenachteiligten Schichten zu erhöhen und zur Erfüllung dieses Ziels, die Offene Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten stärken. Dazu sollen vorhandene, niedrigschwellige Lernmöglichkeiten bereits zum Schulstart für Kinder ausgebaut werden. Außerdem wollen wir Freie Demokraten das Digitale Lernen als Grundvoraussetzung in das bestehende Angebot integrieren und dafür Sorge tragen, dass jene wirkungsvollen Angebote der Offenen Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit fortgeführt und vorangetrieben werden. Dazu wollen wir ein Digitalisierungsbudget aufsetzen, das allen Schulen, insbesondere jenen in benachteiligten und stigmatisierten Stadtteilen und Quartieren zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus wollen wir im Sinne einer individuellen Förderung, um Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler in den Blick zu nehmen und den Bildungserfolg stärker von der Herkunft abzukoppeln, qualitativ hochwertige Ganztagsangebote mit einem klaren Konzept errichten. Diese sollen den Bedarfen der Familien entsprechen. Damit dienen diese Angebote einer Entlastung des Elternhauses.

DIE LINKE

Wir möchten Bildungsketten bzw. Bildungslandschaften in den betroffenen Quartieren unterstützen und fördern, denn sie entwickeln die Orte der Teilhabe und Bildung für die Benachteiligten. Eine Verbesserung der mangelnden Bildungsangebote zu den fördernden Teilhabe- und Bildungsformaten soll erfolgen. Der Schwerpunkt dabei ist das lebenslange Lernen, welches für alle Generationen in benachteiligten Quartieren die Bildungs- und Teilhabezugänge schafft. Essenziell ist es, sich nach den Bedarfen und Voraussetzungen der Gemeinde zu orientieren.

06

Lokale Bildungslandschaften sind ein wirksamer Ansatz, um Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Was hat Ihre Partei vor, um Bildungslandschaften in Hessen, insbesondere in benachteiligten Quartieren, auf- und auszubauen?

CDU

Wir wollen künftig den Gedanken der Bildung aus einem Guss – von der Kindertagesstätte, über die Schule bis hin zur Weiterbildung Erwachsener – weiterentwickeln. Gerade in Quartieren mit besonderen Herausforderungen ist es besonders wichtig, frühzeitig eine gute Kinderbetreuung sicherzustellen, einen gelingenden Übergang in das Schulsystem und eine beratende und die Familien einbeziehende Begleitung der Schullaufbahn sicherzustellen.

Ein wichtiger Baustein für die Verbesserung der Situation von Grundschulkindern und ihren Familien mit besonderen Herausforderungen sind unsere präventiven Familienklassen. Die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Familien, die sich in einer herausfordernden Situation befinden, erfahren oft vielfältige Hilfe durch Schule und Jugendhilfe. Das Konzept der Familienklasse führt schulische Maßnahmen und solche der Jugendhilfe vor Ort in der Schule zusammen. Wir wollen den Ausbau dieses Konzepts prüfen.

Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Frage 5.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Wir halten das Prinzip der lokalen Bildungslandschaften für einen vielversprechenden Ansatz, um durch eine enge Kooperation und Vernetzung lokaler Akteur*innen von der Kita bis in die Ausbildung eine kommunale Bildungsinfrastruktur aus einem Guss zu schaffen, die eine bessere individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Einen Beitrag, den wir von Landesseite zu dieser Entwicklung leisten können, ist die Stärkung der ganztägigen Bildung und Betreuung. Wir GRÜNEN sehen in der Ganztagschulentwicklung weitreichende Möglichkeiten für mehr individuelle und ganzheitliche Förderung und somit die große Chance, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus zu verringern. Dabei sehen wir nicht nur in der Ausdehnung klassischer schulischer Bildungs- und Förderangebote auf den Nachmittag Chancen, sondern insbesondere in der Möglichkeit, in Kooperation mit außerschulischen Partner*innen ein ganzheitliches Förderangebot zu schaffen.

Aus diesem Grund wollen wir nicht nur den quantitativen Ausbau von Ganztagsangeboten weiterhin mit Nachdruck verfolgen, sondern auch einen besonderen Schwerpunkt auf die qualitative Weiterentwicklung setzen. In Anlehnung an die Aufstockung der Schulbudgets im Rahmen des Corona-Landesprogramms „Löwenstark“ wollen wir den Schulen deswegen dauerhaft ein Chancenbudget zur Verfügung stellen, um in eigener Verantwortung und in Kooperation mit anderen lokalen Akteur*innen, Lernorten und Orten der offenen Kinder- und Jugendarbeit ergänzende Förderangebote, oder Angebote in den Bereichen Kultur, Sport, Natur, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Berufsorientierung u.v.m. zu machen.

SPD

Eine besonders wichtige Maßnahme um Integrationspolitik und Bildung zusammen zu denken, ist der Ausbau von Gesamtschulen. Diese Schulform hat vielen Kindern aus verschiedenen Milieus den sozialen Aufstieg ermöglicht; es geht darum, das Modell Gesamtschule zu modernisieren und ins 21. Jahrhundert zu überführen.

Außerdem werden wir Kommunen dabei unterstützen, lokale Bildungslandschaften aufzubauen, die nicht nur KiTas, Schulen, Bibliotheken und Lernwerkstätten miteinander verknüpfen, sondern auch den niederschweligen Zugang zu vielfältigen Bildungs- und Förderangeboten für den gesamten Stadtteil und darüber hinaus ermöglichen.

Auf der Basis eines schulscharfen Sozialindex wollen wir Schulen in besonders herausfordernden Lagen stärker, d.h. mit Lehrkräften und Fachpersonal passgenauer unterstützen, damit sie kompensatorisch arbeiten und auf die besonderen Bedarfe an der jeweiligen Schule eingehen können.

Wir Freie Demokraten halten eine enge Begleitung von Schülerinnen und Schülern durch Lehrkräfte für unverzichtbar für den Bildungserfolg. Vor diesem Hintergrund wollen wir eine Anpassung des Klassenteilers gerade in großen Grundschulen prüfen.

Bildungseinrichtungen brauchen optimale Bedingungen für die individuelle Förderung aller Menschen, dies gilt insbesondere in benachteiligten Quartieren. Dabei müssen Besonderheiten berücksichtigt und Wettbewerbs- beziehungsweise Standortnachteile beseitigt werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Pläne der Bundesregierung mit Blick auf das sogenannte "Startchancen-Programm". Die Einrichtung von Familienzentren an Grundschulen sehen wir als Chancen für eine bessere Bildungspartnerschaft von Schule und Familie.

Der Sozialindex kann auch in Zukunft dazu beitragen, dass Schulen, die unter besonders schwierigen Bedingungen arbeiten, zusätzliche Ressourcen bekommen. Die Weiterentwicklung des Sozialindex zu einem schulscharfen Sozialindex werden wir prüfen.

Wir wollen den Einsatz multiprofessioneller Teams weiter stärken. Neben Schulgesundheitsfachkräften und Schulpsychologinnen und -psychologen gehören für uns dazu insbesondere auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Verschiedene Angebote müssen dabei sinnvoll miteinander verzahnt werden. Die Einbindung der Schulsozialarbeit in eine landesgesetzliche Regelung wollen wir prüfen.

Bildungslandschaften aufzubauen bedeutet aber auch, verschiedene Bildungseinrichtungen miteinander zu verknüpfen. Dazu gehören neben den Kindertageseinrichtungen und weiteren Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Weiterbildungseinrichtungen auch außerschulische Bildungseinrichtungen wie Musikschulen und Bibliotheken. Um diese stärker zu unterstützen und in den Sozialraum zu integrieren wollen wir die Musikschulen stärker mit Landesmitteln unterstützen und Bibliotheken vollständig gebührenfrei machen, das heißt, Ausweis- und Strafgebühren abschaffen. Mit einem Bibliotheksentwicklungsplan kann der Bedarf koordiniert und ein flächendeckendes Netz an Bibliotheken gesichert werden.

Wir Freie Demokraten wollen auch Quartiere im ländlichen Raum unterstützen. Eine wohnortnahe, begabungsgerechte und qualitativ überzeugende Beschulung braucht es daher nicht nur im urbanen Raum, sondern auch in ländlichen Gebieten. Dazu setzen wir uns für ein flächendeckendes und breites Schulangebot in ganz Hessen ein.

DIE LINKE

Wir möchten gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen verschiedene Handlungskonzepte sowie Aktionspläne entwickeln und diese schließlich in Abstimmung mit den Städten und Landkreisen einbringen. Ein Abbau der strukturellen Unterschiede zwischen den Quartieren ist notwendig. Außerdem soll ein genügendes Fachpersonal bereitgestellt werden, um die Bildungseinheit in den Quartieren zu unterstützen. Die Verknüpfung mit Akteur: innen muss gezielt in den Lehrplan integriert werden und darf nicht neben dem laufenden Unterricht verlaufen.

07

Was wird Ihre Partei tun, um die Teilhabechancen und Partizipationsmöglichkeiten von Menschen aus benachteiligten Quartieren zu erhöhen und strukturelle Benachteiligungen abzubauen?

CDU

Als CDU Hessen wollen wir jedem Menschen gleiche Chancen zur Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen Leben eröffnen. Wo strukturelle Benachteiligungen bestehen sollten, setzen wir uns für deren Abbau ein. Um noch stärker für aktive Nutzung der Partizipationsmöglichkeiten zu werden, wollen wir die Vermittlung von Demokratie und dem Wert der Freiheit in den Mittelpunkt eines eigenen „Aktionsplan Demokratie“ stellen.

Engagement und Partizipation entstehen im Miteinander von Menschen, die in unterschiedlichen Lebenssituationen gemeinsame Ziele verfolgen und ihre Interessen in öffentlichen Diskussionen einbringen. Dabei bringen sie ihre individuellen Erfahrungen aus ihrem sozialen, kulturellen oder religiösen Hintergrund ein, wodurch unser gesellschaftliches Leben diverser wird. Daher gilt es für uns, den Nutzen gesellschaftlichen Engagements aufzuzeigen und die Möglichkeiten der Beteiligung so transparent und offen zu gestalten, dass sich auch neue Gruppen davon angesprochen fühlen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Neben den bereits beschriebenen Ansätzen im Bereich Bildung zur Auflösung struktureller Benachteiligung haben wir mit dem Landesprogramm der Gemeinwesenarbeit einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Partizipation gesetzt. Die besonders hohen Einschränkungen und Belastungen der Corona Pandemie haben gerade Kinder und Jugendliche getroffen. Junge Menschen, die in prekären Lebenslagen aufwachsen, entwickelten in dieser Zeit Zukunftsängste und Neben den bereits beschriebenen Ansätzen im Bereich Bildung zur Auflösung struktureller Benachteiligung haben wir mit dem Landesprogramm der Gemeinwesenarbeit einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Partizipation gesetzt. Die besonders hohen Einschränkungen und Belastungen der Corona Pandemie haben gerade Kinder und Jugendliche getroffen. Junge Menschen, die in prekären Lebenslagen aufwachsen, entwickelten in dieser Zeit Zukunftsängste und erlebten weniger Selbstwirksamkeit. Daher wurde im Jahr 2022 vom Land im Zusammenhang der Gemeinwesenarbeit das Sonderförderprogramm „Wir für unser Quartier“ gestartet, welches Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Wohngebieten und Stadtvierteln fördert. Projekte dieser Art, die die gleichberechtigte Teilhabe aller und das gesellschaftliche Miteinander in den Stadtteilen und Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen ausbaut, wollen wir zukünftig weiter fördern. 27

SPD

Um uns nicht zu wiederholen, möchten wir auf die Antworten der anderen Fragen verweisen. Wir wollen aber ergänzen: Soziale Teilhabe bedeutet für uns auch digitale Teilhabe. Da nicht alle Menschen elektronische Wege nutzen können, bedarf es auch weiterhin analoge, barrierefreie sowie mehrsprachige Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen. Um allen Menschen den Zugang zur Digitalisierung zu ermöglichen, müssen Konzepte für digitale Zentren ohne Hürden entwickelt werden, in denen es kostenloser Zugang zu Computern, Druckern und WLAN geboten wird und es Unterstützungsangebote für die Nutzung gibt.

FDP

Wir Freie Demokraten sehen die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern als eine der wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiche Partizipationsprojekte an. Wesentlich sind dabei besonders eigeninitiierte Projekte Bürgerinnen und Bürger. Zur Mobilisierung von Bevölkerungsteilen, die bislang kaum in Vereinen oder Parteien organisiert sind, ließen sich Projekte durch Hauptamtliche einführen. Dazu setzen wir Freien Demokraten auf Inhalte, die die Selbstwirksamkeit und Selbsthilfepotenziale fördern und nutzen sollen und zielen auf die Einbindung und Förderung von Jugendlichen hinsichtlich konkreter Mitwirkungsmöglichkeiten. Um spielerisch und ohne Schulzwang die Teilhabe zu stärken setzen uns für eine außerschulische politische Jugendbildung ein.

DIE LINKE

Sozial benachteiligte Menschen haben ein großes Erfahrungswissen zur besseren Gestaltung ihres eigenen Quartiers. Zugleich wissen wir, dass proportional zum sinkenden Einkommen auch die Beteiligung an demokratischen Prozessen und Wahlen abnimmt. Als LINKE sind wir überzeugt, dass dies nicht in erster Linie Ausdruck mangelnden Interesses ist, sondern sich auf die politische Erfahrung gründet, dass Menschen aus benachteiligten Quartieren und ihre Situation durch die Politik selten ernstgenommen werden und die herrschende Politik wenig bis kein Interesse an ihrer Situation hat. Diese Muster aufzubrechen, erfordert eine eigene gezielte Ansprache und Beteiligungsformate, die Veränderungen vor Ort erlebbar machen. Ähnlich wie bei Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche muss Beteiligung so gestaltet werden, dass sie wirksam wird und erlebbare Veränderungen nach sich zieht, etwa indem Diskussionen und konkrete Vorschläge in Kommunalparlamente direkt eingebracht werden können. Wichtig sind auch ausreichende Mittel, um lokale und überregionale Vernetzung zu ermöglichen. DIE LINKE tritt für eine Stärkung der Demokratie auch in diesem Sinne ein.

08

In welcher Form möchte Ihre Partei Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung stärken?

CDU

Politische Bildung hat für uns als CDU Hessen einen hohen Stellenwert. Das Verständnis von politischen Prozessen und politische Urteilsfähigkeit stellen elementare Voraussetzungen für die Partizipation eines mündigen Bürgers in einer Demokratie dar. Im Rahmen der jeweiligen Vertretungen auf Ebene der Schulen, der Kommunen und des Landes gibt es in Hessen bereits vielfältige Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sich einzubringen und an der Schulentwicklung und -politik mitzuwirken. Anknüpfend an die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler gehört das Kennenlernen von Parlamenten im schulischen und außerschulischen Kontext bereits zur Unterrichtspraxis an vielen Schulen.

Internationale Schüler- und Jugendaustausche fördern und unterstützen langfristig die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen, stärken die Demokratiebildung und das Verständnis für die Bedeutung von Vielfalt bei Schülerinnen und Schülern aller Schulformen. Wir setzen uns dafür ein, dass Auslandserfahrungen ein Bestandteil des Werdegangs möglichst jedes jungen Menschen sein können.

Die Landeszentrale für politische Bildung leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag für die Vermittlung von Geschichte, Kultur, Politik, Staat und Gesellschaft. Neben Veranstaltungen, Podcasts oder Fahrten zu Gedenkstätten veranstaltet sie zum Beispiel auch Parlaments-Planspiele. Wir werden ihre Arbeit für die Zukunft aufstellen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Für uns GRÜNE ist es besonders wichtig, Politik mit jungen Menschen gemeinsam zu gestalten. Wirksame Jugendbeteiligung bedeutet dabei, ihnen Verantwortung zu übertragen sowie sie und ihre Interessen, Anliegen und Bedürfnisse ernst zu nehmen. Auf Landesebene haben wir daher einen jährlichen Landesjugendkongress für mehr Beteiligung junger Menschen eingeführt. Wir verstetigen den Jugendkongress, sodass er abwechselnd mit einer Follow-up-Veranstaltung alle zwei Jahre durchgeführt wird. Außerdem schaffen wir eine Beratungsstruktur für kommunale Jugendbeteiligung, die Gemeinden, Städte und Landkreise beim Aufbau von Beteiligungsformaten vor Ort unterstützt. Denn gerade vor Ort sind junge Menschen Expert*innen ihrer eigenen Lebenssituation. Wir möchten zudem an den bestehenden Instrumenten wie dem jährlichen hessischen Partizipationspreis „Jugend gestaltet Zukunft“ und den Aktionsprogrammen zur Förderung der Jugendpartizipation festhalten. Auch #youngagiert – Dein Preis für junges Engagement in Hessen ist eine Maßnahme, die besonders engagierte junge Menschen unterstützt und die Partizipation junger Menschen in unserer Gesellschaft weiter voranbringt.

Wir halten auch weiterhin an den sich bewährten Instrumenten der politischen Bildung für Jugendliche fest. Dabei spielt die hessische Landeszentrale für politische Bildung eine wichtige Rolle. Durch Informationen, Veranstaltungen und Angebote wie Planspiele, Fahrten zu Gedenkstätten und Ausstellungen vermittelt die Landeszentrale Demokratieverständnis, fördert politisches Engagement und unterstützt die eigene Meinungsbildung.

Über die Webseite Junger Hessischer Landtag werden die parlamentarischen Inhalte und Landtagsangebote jugendgerecht aufbereitet und vermittelt. Über das Beratungsnetzwerk Hessen werden u.a. die Themen Demokratie, Extremismus, Mediennutzung und Hatespeech entsprechend behandelt und durch konkrete Projekte mit Jugendlichen bearbeitet. So beispielsweise die Werkstätten für Demokratie.

Die aktive Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Initiativen und ihren Mitgliedern, die inklusive Sozialpolitik vor Ort realisieren, ist und bleibt ein zentraler Baustein für uns GRÜNE.

Ein Viertel aller Menschen in Hessen sind jünger als 25. Trotzdem wurden ihre Stimmen in der Vergangenheit zu wenig gehört! Das wollen wir ändern. Wir wollen ihre Beteiligungsmöglichkeiten verbessern, damit sie stärker mitbestimmen können. Wir wollen Freiräume für junge Menschen schaffen, damit sie sich in der Jugendphase entfalten und ausprobieren können. Wir wollen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen haben, ein gutes und glückliches Leben zu führen.

Dazu werden wir eine eigenständige Jugendpolitik für Hessen entwickeln. Uns leitet dabei das Verständnis von Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen immer ausgehend von den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen gestaltet werden muss. Der Hessische Jugendring, die Kinder- und Jugendverbände, die Freie Wohlfahrt, aber auch gemeinnützige Träger, und die offene Kinder- und Jugendarbeit sind uns dabei wichtige Partner.

Eigenständige Jugendpolitik in Hessen bedeutet auch ein Landesjugendamt, das seinen Namen verdient. Um die Interessen junger Menschen bei der Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen, führen wir einen Jugendcheck bei Gesetzesvorhaben ein. Durch einen Fonds für junge Ideen werden wir die Partizipation junger Menschen unterstützen. Seit dem 28. Oktober 2018 sind Kinderrechte in der hessischen Verfassung verankert. Die SPD-geführte Bundesregierung werden wir dabei unterstützen, dass Kinderrechte auch endlich ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Wir werden die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in Hessen verbessern und setzen auf einen Methodenmix aus Landesjugendrat, Jugendkongress, digitalem Jugendportal und einer Landesfachstelle zur Jugendbeteiligung. Wir werden die verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene einführen. Die Senkung des Wahlalters ist längst überfällig: Wir setzen uns für das aktive Wahlrecht in Hessen bei allen Wahlen ab 16 Jahren ein.

Wir wollen mehr politische Jugendbildung ermöglichen. Dazu erhöhen wir die Umsatzbeteiligung der Jugendarbeit an den Lotto-Mitteln, um damit neue Stellen für Jugendbildungsreferent*innen in Jugendverbänden, Jugendbildungsstätten, den kommunalen Jugendbildungswerken und kommunalen Jugendringen zu schaffen. Wir wollen die Landesförderung der Jugendverbände und der politischen Jugendbildungsarbeit dynamisieren. Die Fördermittel sollen automatisch an die Lohn- und Preissteigerung und regelmäßig an neue Arbeits- und Aufgabenbereiche angepasst werden.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einrichtung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht auf kommunaler Ebene ein. Wo dies nicht möglich ist, sollen Jugendliche etwa durch Kinder- und Jugendräte direkt an für sie relevante Entscheidungen und Planungen beteiligt werden. Uns Freien Demokraten liegt die politische Einbindung von Kindern und Jugendlichen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen am Herzen. Durch außerschulische Jugendbildung werden jungen Menschen befähigt, ihre Lebenszusammenhänge zu reflektieren und soziale Kompetenzen zu erlernen. Dabei bietet dies neue Lernerfahrung ohne einen schulischen Zwang. Wir unterstützen daher diese weitere Bildungssäule der außerschulischen Jugendbildung und ihrer Vielfalt besonders.

DIE LINKE

Im Rahmen der institutionalisierten außerschulischen politischen Jugendbildung fordert DIE LINKE. Hessen auf allen politischen Ebenen die Einrichtung von Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche, die hauptamtlich begleitet und unterstützt und von den Kindern und Jugendlichen selbst mit- und fortentwickelt werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass sich gesellschaftliche Ungleichheiten nicht in der Zusammensetzung der Teilnehmenden reproduzieren, sondern Kinder und Jugendliche mit jedem sozialen Status, unterschiedlicher Herkunft und Geschlechts zusammenwirken können. Diese sollen zudem Antragsrechte auf der jeweiligen politischen Entscheidungsebene erhalten, um eine eigene Wirksamkeit politischer Arbeit zu erleben und demokratische Entscheidungsprozesse tatsächlich kennenzulernen.

Politische Bildungsarbeit braucht aber nicht nur institutionalisierte Angebote, sondern darüber hinaus niedrigschwellige Informations- und Mitmachangebote der sozialen Jugendarbeit. Diese ist dafür auskömmlich und langfristig zu finanzieren, wofür wir uns als LINKE auch weiterhin einsetzen werden.

09

Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, die dem Abbau gesundheitlicher Ungleichheit dienen sollen?

CDU

Als CDU Hessen setzen wir uns ein für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem, das jeder Bürgerin und jedem Bürger eine Versorgung auf höchstem Niveau ermöglicht. Auch in Zukunft muss jeder in unserem Land unabhängig von Einkommen, Alter oder Gesundheitszustand Zugang zu einer guten wohnortnahen medizinischen Versorgung haben und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Die bestehenden negativen Zusammenhänge von Sozial- und Gesundheitsstatus haben viele Ursachen, die wir abbauen möchten.

Ein wichtiger Beitrag hierfür ist die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Hessen (KGC), die durch die CDU-geführte Landesregierung gefördert wird. Sie engagiert sich für die Gesundheitsförderung und Prävention sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und unterstützt die Akteurinnen und Akteure in den Kommunen beim Aufbau integrierter kommunaler Strategien.

Darüber hinaus sind wir uns darüber bewusst, dass eingeschränkte Sprachkenntnisse die Verständigung bei Angeboten der Gesundheitsversorgung und Prävention erschweren und zu einem Informationsdefizit sowie damit einhergehenden (vermeidbaren) Gesundheitsrisiken führen können. Neben den dargestellten Anstrengungen und Angeboten zur Vermittlung der deutschen Sprache tragen vielfältige Maßnahmen – wie das Modellprojekt „CARE-Guides – Interkulturelle Pflegelotsen“, das Wahlfach „Medizin und Migration“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen, das Modellprojekt „WIR fördern Gesundheit“, die Integrationslotsinnen und –lotsen oder die WIR-Vielfaltszentren – dazu bei, jedem Menschen einen Zugang zu unserem Gesundheitsnetz zu ermöglichen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Eine gute medizinische und pflegerische Versorgung ist für uns wichtige Daseinsvorsorge. Allen Menschen in Hessen muss die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dies wird nur gelingen, wenn die ambulanten und stationären Einrichtungen besser kooperieren. Diese bedarfsgerechten Angebote wollen wir mit weiteren Investitionsmitteln unterstützen. Um das Gesundheitswesen besser zu vernetzen und transparenter für Patient*innen zu machen, werden außerdem Investitionen in digitale Infrastruktur notwendig sein. Wir wollen medizinische Versorgungszentren ebenso stärken wie das Angebot von Gemeindepfleger*innen fördern. Genügend Medizinstudienplätze und Anreize wie die Landarztquote sind wichtige Voraussetzungen, um ein umfassendes Angebot an Arztpraxen überall in Hessen aufrecht erhalten zu können. Gemeinsam mit den Kommunen ist es unser Ziel, eine leistungsfähige und erreichbare Krankenhausversorgung für alle zu sichern. Den Landes-Krankenhausplan werden wir auch mit Blick auf die integrierte Bedarfsplanung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung überarbeiten sowie die Investitionsmittel erhöhen. Nicht jedes Krankenhaus muss alles machen, aber, wenn es drauf ankommt, muss ein Krankenhaus für alle schnell erreichbar sein. Wir wollen die hausärztliche Versorgung sichern und stärken, sowie in unterversorgten Gebieten die Nachbesetzung attraktiver gestalten. Es braucht zudem eine flächendeckende und gezielter gesteuerte fachärztliche Versorgung.

Gesundheit ist für immer mehr Menschen auch eine Frage der mentalen Gesundheit. Auch hier braucht es möglichst wohnortnahe Angebote. Oftmals vorhandene Wartezeit bei der Behandlung von psychischen Erkrankungen wollen wir reduzieren. Wir stellen sicher, dass regionale Versorgungszentren und Trauma-Ambulanzen die psychosoziale Betreuung sowie adäquate Hilfe und Beratung bei seelischer, körperlicher und sexueller Gewalt leisten.

Zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung gehört selbstverständlich auch die Vermeidung von Krankheiten. Durch verstärkte Maßnahmen im Bereich der Prävention wollen wir einen Beitrag für ein gesünderes Leben leisten. Wir werden etwa mit einer Offensive die Frauenkrankheit Endometriose bekannter machen und zielgerichtet bekämpfen, die Long-Covid-Forschung ausbauen, um Betroffene besser unterstützen zu können sowie mit einer HIV-Strategie inklusive Versorgungsmapping zum Erreichen der UNAIDS-Ziele beitragen. Außerdem gehören dazu auch Präventionsprogramme zur Erhaltung der psychischen und physischen Gesundheit pflegender Angehöriger. Zudem richten wir einen Runden Tisch zur Prävention von Gewalt gegen ältere und pflegebedürftige Menschen ein. Wir werden Menschen ohne Krankenversicherung durch Clearingstellen unterstützen, die in eine Krankenversicherung vermitteln sollen. Außerdem führen wir einen anonymen Krankenschein für Menschen ein, bei denen eine Vermittlung in die reguläre Krankenversicherung nicht möglich ist.

Die Gesundheit von Frauen wurde durch die Corona Pandemie besonders belastet. Deshalb werden wir umgehend bessere Beratung fördern und Eltern-Kind-Kliniken stärken. Geburtshilfestationen müssen für werdende Eltern gut erreichbar sein. Wir brauchen eine 1:1-Betreuung unter der Geburt, eine Sicherstellung einer wohnortnahen, niedrigschwelligen geburtshilflichen Versorgung, den Erhalt der Hebammenhilfe und eine Anpassung der Honorare und Gehälter auf ein Niveau entsprechend der hohen Verantwortung. Wir werden eine Studie in Auftrag geben, um die Daten- und Forschungslage rund um das Thema „Gewalt unter der Geburt in Hessen“ zu verbessern. Neben einem Hebammenregister brauchen wir ein umfassendes Konzept zur Beseitigung der Unterversorgung auf dem Land, eine geeignete Versorgungsplanung und mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und Entbindungspfleger*innen. Zu einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung gehören für uns auch Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch und –konfliktberatung. Es ist unser Ziel, dass Frauen in Hessen innerhalb maximal einer Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr eine Praxis oder Klinik erreichen können, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Dasselbe gilt für staatlich anerkannte Schwangerenkonfliktberatungsstellen, diese müssen zudem finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Alle Medizinstudierenden müssen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs erlernen, genauso wie Selbsthilfegruppen und psychosoziale Beratung zum Thema frühe Fehlgeburten und Stille Geburten. Die Möglichkeiten „vertraulichen“ Geburt werden wir besser bekannt machen. Wir setzen uns dafür ein, dass es überall in Hessen Anlaufstellen für eine medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung gibt. Auch diese müssen schnell von den Frauen erreicht werden können.

Wir übernehmen für Menschen mit geringem Einkommen die Kosten von Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln und organisieren die Ausgabe niedrigschwellig.

Neben einer wohnortnahen, niedrigschwelligen geburtshilflichen Versorgung, muss die Hebammenhilfe erhalten und ausgebaut werden, damit Kinder von Geburt an aktiv, präventiv und intervenierend geschützt werden und gut ins Leben starten können. Viele Eltern finden keinen Kinderarzt. Sie werden abgewiesen, weil die Praxen überlaufen sind. Dabei sind Eltern gesetzlich verpflichtet, ihre Kinder zu den U-Untersuchungen zu bringen. Besorgniserregend ist, dass es sich weiter verschärfen wird, denn bis 2025 fallen etwa ein Viertel der Praxen weg, weil in etwa 150 Ärzte in den Ruhestand gehen und keine Nachfolge finden. Ein hessischer Aktionsplan ‚Kindermedizin‘ wird eine erstklassige Versorgung für Kindern mit Hebammen, Kinderärzten und Kinderkliniken sicherstellen und den Verfassungsauftrag der Kinderrechtskonvention für das Kindeswohl und das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit umsetzen.

SPD

Armut macht krank. Arme Menschen leben kürzer als wohlhabende Menschen. Armut, Arbeitslosigkeit, prekäre Lebensverhältnisse und Bildungsbenachteiligung sind die größten Gesundheitsrisiken. Diese Ungerechtigkeit braucht eine enge Kooperation von Medizin, Pflege, Prävention und sozialer Arbeit. Wir machen Gesundheit zu einem Querschnittsthema in allen Politikbereichen (Health In All Policies). Wir werden die Selbstbestimmung und Gesundheitskompetenz aller Menschen stärken. Das gilt in Kita und Schule, am Arbeitsplatz durch den Arbeitsschutz genauso wie für die Selbsthilfe. Wir sorgen für kostenfreie Verhütungsmittel und Hygieneartikel für Menschen mit geringem Einkommen.

FDP

Studien zeigen, dass zu gesundheitlichen Ungleichheit vor allem der Lebensstil, wie Bewegungsmangel, eine falsche oder ungesunde Ernährung, Stress und hohe Belastung, etc. beitragen und die Folge daraus häufig stressbedingte Erkrankungen sind. Diese beeinflussen die Lebensqualität maßgeblich negativ. Oftmals fehlen hier Aufklärung und ärztliche Vorsorgeuntersuchungen, die erst zu spät wahrgenommen werden und somit präventiv einer gesundheitlichen Ungleichheit entgegenwirken können. Wir Freie Demokraten wollen daher bereits zu Beginn der Wirkungskette ansetzen und mehr Ärztinnen und Ärzte auch in Bereichen einsetzen, die den Menschen aus den benachteiligten Quartieren zugutekommt. Dafür wollen wir über Anreize die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten steuern. Gleichsam wollen wir die Anzahl von Medizinstudienplätzen für eine größere Einsatzflexibilität erhöhen.

DIE LINKE

Wir wissen, dass Armutsbetroffene gesundheitlich stark benachteiligt sind: Die allgemeine Sterblichkeit hängt direkt vom sozialen Status ab. Todesfälle vor dem 65. Lebensjahr kommen bei Menschen mit niedrigem Einkommen fast doppelt so häufig vor wie bei Besserverdienenden. Als LINKE finden wir uns mit dieser Situation nicht ab. Wir brauchen Lebensverhältnisse, in den man gesund bleiben kann,

- weil die ökologischen Bedingungen stabilisiert und so neue Krankheiten und gesundheitlichen Belastungen vermieden werden,
- weil das Wohnumfeld ein gesundes Leben und eine gesunde Ernährung möglich machen,
- weil die Arbeitsbedingungen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen und
- weil Stress als nicht krankmachend erlebt wird.

Wir setzen uns als LINKE für solche Lebensbedingungen in allen Politikbereichen ein und sehen die Aufgabe des Gesundheitssystems darin, Menschen gesund zu halten und in ihrem Heilungsprozess zu unterstützen. Das schließt auch die würdevolle Begleitung am Lebensende ein.

Aus dieser grundsätzlichen Haltung lassen sich auch für Hessen ganz konkrete Anforderungen ableiten. Dies beginnt mit einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung in ganz Hessen, die akut gefährdet ist, und schon heute in vielen benachteiligten Quartieren nicht mehr existent. Wir brauchen deshalb eine Stärkung des Öffentlichen im Gesundheitswesen, etwa durch den Aufbau kommunaler Gesundheitszentren im Rahmen einer Sozialraumplanung und der Rekommunalisierung privatisierter Krankenhäuser. Prävention und Rehabilitation müssen für alle Menschen tatsächlich zugänglich sein, beispielsweise müssen Mutter-Kind-Kuren mit älteren und jüngeren Kindern präventive Kassenleistung sein und spezifische niedrigschwellige Angebote für Alleinerziehende entwickelt werden. Menstruationsprodukte müssen in allen öffentlichen Gebäuden in Hessen kostenfrei bereitgestellt werden. Verhütungsmittel sollen Kassenleistung werden. Es muss eine flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen und Ärzt*innen für körperliche Selbstbestimmung geben.

Menschen ohne bzw. ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz brauchen flächendeckend unabhängige Clearingstellen, die Menschen den Weg zurück in die Krankenversicherung ermöglichen und einen Behandlungsfonds, um Menschen in Not eine angemessene Gesundheitsversorgung zu garantieren. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf haben wir bereits 2020 in den Hessischen Landtag eingebracht, der von der CDU und Grünen jedoch leider abgelehnt wurde.

Auch im Alter müssen alle Menschen unabhängig vom sozialen Status auf eine angemessene Versorgung zurückgreifen können. Dies erfordert einen Umbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung, die alle Leistungen ohne Zuzahlungen abdeckt. Aber auch auf Landesebene müssen viele Bedingungen verändert werden: So braucht es etwa ein Landesinvestitionsprogramm zum Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflege. Die Pflegestützpunkte müssen ausgebaut werden, um Wohnortnähe und aufsuchende Arbeit zu ermöglichen. Wohnraum von Pflegebedürftigen muss staatlich gefördert barrierefrei umgebaut werden, um den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder bei der Familie zu ermöglichen.

10

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. leistet seit fast 50 Jahren wirksame Arbeit in benachteiligten Quartieren in ganz Hessen und prägt die hessische Armutspolitik in entscheidendem Maß. In welcher Form unterstützt Ihre Partei die Arbeit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. in Zukunft?

CDU

Wir werden auch weiterhin die Arbeit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. unterstützen. Auf die bewährte Zusammenarbeit wollen wir aufbauen und das Hessische Sozialbudget zu einem Zukunftsfonds „Hessen steht zusammen“ weiterentwickeln, die Leistungen noch stärker bündeln und die verfügbaren Mittel auf 150 Millionen Euro aufstocken. Damit schaffen wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit für diejenigen Initiativen, die anderen Hilfe bieten.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Wir unterstützen die Arbeit der LAG Soziale Brennpunkte. Auch in Zukunft stehen wir für einen regen Austausch zur Verfügung, um gemeinsam an Verbesserungen in unserem Land zu arbeiten. Wir konnten in der Vergangenheit beispielsweise auch aktiv dazu beitragen, dass die Landesberatungsstelle mit Stellen ausgestattet wurde, und wünschen den dauerhaften Erhalt dieser Arbeit.

SPD

Wir erkennen die gute und wirksame Arbeit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V. an und werden die Zusammenarbeit auch in Zukunft suchen. Generell brauchen wir ein neues Verständnis, wenn es um eine verlässliche Finanzierung von sozialen Trägern geht. Nur wenn wir den Flickenteppich von kurzfristigen Projekten durch verlässliche Unterstützung ersetzen, wird es uns gelingen, in einem Flächenland wie Hessen überall für gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute soziale Infrastruktur zu sorgen. Die zahlreichen Projektförderungen im sozialen Bereich durch die CDU-geführten Landesregierungen greifen zu kurz. Sie müssen die Ausnahme bleiben, gesetzliche Lösungen die Regel werden. Wir werden Maßnahmen langfristig anlegen und unsere Kommunen mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Mit einem konzeptionell von Grund auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten dynamisierten Sozialbudget werden wir die soziale Infrastruktur krisenfest machen.

FDP

Wir werden die derzeitige finanzielle Förderung der LAG Brennpunkte beibehalten.

DIE LINKE

DIE LAG Soziale Brennpunkte Hessen ist ein wichtiger Gesprächs- und Kooperationspartner für DIE LINKE. Hessen. Sie verbindet das Wissen der in den Quartieren sozial Tätigen, trägt zur Qualifizierung der Arbeit bei und vertritt deren Interessen nach Außen. Sie ist damit zugleich ein Sprachrohr vulnerabler Personengruppen und armutsbetroffener Menschen in Hessen für die wir uns als LINKE in besonderer Weise stark machen.

DIE LINKE. Hessen sieht in der LAG einen Landeszusammenschluss mit einer entscheidenden Bedeutung für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb unterstützen wir die Position einer institutionellen Förderung der LAG Soziale Brennpunkte Hessen nachdrücklich.

Folgen Sie uns auf unseren Social-Media-Kanälen oder melden Sie sich zu unserem Newsletter an!

